



An den Grossen Rat

14.5213.02

WSU/P145213

Basel, 28. Mai 2014

Regierungsratsbeschluss vom 27. Mai 2014

Interpellation Nr. 41 Nora Bertschi betreffend „Klimaschutz: Bemühungen im Kanton Basel-Stadt“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. Mai 2014)

„Die Menschen stossen jedes Jahr mehr Treibhausgase aus. Die neun wärmsten Jahre seit Messbeginn sind alle nach 2000¹⁾. Der Klimawandel schreitet ungebremst voran und Lösungen sind in weiter Ferne. Auch die Schweiz wird mit gravierenden Konsequenzen zu kämpfen haben. Die 2°C - Grenze, welche von der internationalen Staatengemeinschaft angestrebt wird, wird schon vor 2040 überschritten werden. Bis Ende des Jahrhunderts kann die Temperatur bis 6°C steigen. Sommertrockenheit und Probleme bei der Trinkwasserversorgung, Überschwemmungen, häufigere starke Unwetter, Geröll- und Felsstürze in den Alpen und das Abschmelzen unserer Gletscher sind nur einige Auswirkungen²⁾. Der Klimawandel wird immense soziale und wirtschaftliche Kosten mit sich bringen und stellt somit das grösste globale Umweltproblem des 21. Jahrhunderts dar.

Am 29. März erschien der zweite und am 12. April der dritte Teilbericht des fünften IPCC Berichtes. Der zweite Teilbericht diskutiert die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien (Adaption). Der dritte Teilbericht befasst sich mit den Möglichkeiten der Prävention (Mitigation).

In Bezug auf diese Berichte und die Klimapolitik im Kanton Basel-Stadt bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Was ist die Reaktion des Regierungsrates auf die aktuellen, oben genannten Teilberichte des 5. IPCC Berichtes?
2. Welche Folgen des Klimawandels sieht der Regierungsrat in Ergänzung zum „Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt“ aus dem Jahr 2011 konkret für den Kanton Basel-Stadt?
 - a) Bereits jetzt?
 - b) In den nächsten 5 bis 10 Jahren?
 - c) In mehr als 10 Jahren?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Folgen des Klimawandels?
4. Wie reagiert der Regierungsrat auf die Folgen des Klimawandels?
 - a) Was unternimmt der Regierungsrat im Bereich der Symptombekämpfung (Adaption)?
 - b) Was unternimmt der Regierungsrat im Bereich der Prävention (Mitigation)?
 - c) Wo setzt der Regierungsrat seine Prioritäten?
 - d) Gibt es konkrete Projekte zu den obigen Punkten?
5. Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat infolge des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt?“

1) Vgl. NASA & NOAA, Analysis of Temperature 2012, www.nasa.gov

2) Vgl. CH2011 (2011), Swiss Climate Change Scenarios CH2011, by C2SM, MeteoSwiss, ETH, NCCR Climate, and OcCC, Zurich

Nora Bertschi“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Intergovernmental Panel on Climate Change – kurz als IPCC oder auch Weltklimarat bezeichnet – wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie gegründet. Er erhebt periodisch die Ursachen und Auswirkungen des globalen Klimawandels. Seit 1990 sind fünf Sachstandsberichte veröffentlicht worden. Der fünfte Bericht, bestehend aus drei Teilberichten, wurde zwischen September 2013 und April 2014 publiziert.

Auch der Bund setzt sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auseinander. Er hat den ersten Teil einer Anpassungsstrategie am 2. März 2012 veröffentlicht. Am 9. April 2014 wurde der zweite Teil der Strategie „Aktionsplan 2014-2016“ herausgegeben. Grundlage dieser Strategie sind u.a. die Ergebnisse und Erkenntnisse des neusten IPCC-Berichts.

Der Kanton Basel-Stadt befasst sich ebenfalls seit längerem mit den Folgen der Klimaerwärmung. Der Regierungsrat hat 2011 den Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt veröffentlicht. Die darin festgehaltenen Handlungsfelder und Massnahmenansätze sind nach wie vor aktuell.

Zu den einzelnen Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. *Was ist die Reaktion des Regierungsrates auf die aktuellen, oben genannten Teilberichte des 5. IPCC Berichtes?*

Der Regierungsrat hat die Teilberichte des 5. IPCC-Berichts zur Kenntnis genommen. Die Berichte bestätigen die bisherigen Erkenntnisse über den Klimawandel und dessen Folgen. Der Regierungsrat sieht sich in seiner bisherigen Klimapolitik bestärkt. Er will einerseits mit Massnahmen die Auswirkungen des Klimawandels in Basel-Stadt minimieren. Andererseits will er die bisherige Energie- und Ressourcenpolitik im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft weiterentwickeln.

2. *Welche Folgen des Klimawandels sieht der Regierungsrat in Ergänzung zum „Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt“ aus dem Jahr 2011 konkret für den Kanton Basel-Stadt?*
 - a) *Bereits jetzt?*
 - b) *In den nächsten 5 bis 10 Jahren?*
 - c) *In mehr als 10 Jahren?*

Der Regierungsrat hat im Bericht über die Folgen des Klimawandels verschiedene Handlungsfelder ausgewiesen und Massnahmenansätze beschrieben. Bei der Analyse ging er von einem Zeithorizont bis zum Jahr 2050 aus. Die wesentlichsten Auswirkungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Häufigere Hitze- und Trockenperioden mit Auswirkungen u.a. auf Oberflächen- und Grundwasser, auf die Verfügbarkeit von Trinkwasser, auf die Gesundheit der Bevölkerung, auf die Landwirtschaft sowie auf Flora und Fauna
- Zunehmende Unwetter mit Auswirkungen auf Gebäude und Infrastruktur

3. *Wie beurteilt der Regierungsrat diese Folgen des Klimawandels?*

Der Klimawandel gehört zu den grössten globalen Herausforderungen. Auch wenn die Auswirkungen in unserer Region nicht so bedrohlich sind wie in anderen Teilen der Erde, sind auch bei uns Massnahmen vorzuziehen, um einerseits die negativen Auswirkungen so gering wie möglich

zu halten und andererseits die Emissionen klimaschädlicher Gase auf das erforderliche Mass zu reduzieren.

4. *Wie reagiert der Regierungsrat auf die Folgen des Klimawandels?*
a) *Was unternimmt der Regierungsrat im Bereich der Symptombekämpfung (Adaption)?*
b) *Was unternimmt der Regierungsrat im Bereich der Prävention (Mitigation)?*
c) *Wo setzt der Regierungsrat seine Prioritäten?*
d) *Gibt es konkrete Projekte zu den obigen Punkten?*

Zum Thema Adaption hat der Regierungsrat den eingangs erwähnten Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt publiziert. Darin sind in den betroffenen Sektoren die wichtigsten Massnahmen aufgeführt. Das für die Koordination zuständige Amt für Umwelt und Energie erfasst periodisch die Umsetzung der aufgeführten Massnahmen und allenfalls die Planung und Umsetzung neuer Massnahmen.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat im Zusammenhang mit dem Aktionsplan „Anpassung an den Klimawandel“ aufgrund der Massnahme „Analyse von klimabedingten Risiken und Chancen in der Schweiz“ den Kanton Basel-Stadt als Fallbeispiel für den Grossraumtyp „Agglomeration“ ausgewählt. Allenfalls ergeben sich durch diese Untersuchung weitere Handlungsfelder und Massnahmen.

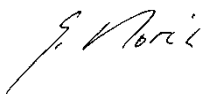
Bereits seit bald dreissig Jahren verfolgt der Kanton Basel-Stadt eine fortschrittliche Energiepolitik, deren Schwerpunkte Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien bilden. Der schweizweit einzigartige Energie-Förderfonds bildet dabei die Grundlage für eine aktive Förderpolitik. Zum Thema Mitigation ist ein „Klimaschutzbericht“ in Erarbeitung. Der Regierungsrat will darin aufzeigen, wie hoch der Energieverbrauch insbesondere an fossilen Brenn- und Treibstoffen im Kanton Basel-Stadt ist und mit welchen Massnahmen die CO₂-Emissionen weiter reduziert werden können. Parallel dazu laufen diverse Projekte in verschiedenen Fachbereichen, insbesondere auch im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel (<http://www.2000-watt.bs.ch/index.htm>).

5. *Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat infolge des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt?*

Im Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt sind für alle Sektoren Kostenschätzungen ausgewiesen. Kosten bis in zweistelliger Millionenhöhe werden bei Anpassungen der Infrastruktur – z.B. einer allfälligen Verlegung der Fernwärmeleitung im Birsigtunnel – erwartet.

Im Rahmen der Fallstudie „Klimabedingte Risiken und Chancen“ des Bundes werden die Folgen und die erforderlichen Massnahmen mit einer festgelegten Methodik monetarisiert. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich im Frühjahr 2015 vor.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin